



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

**Eidgenössische Politik***Diskussion um Rahmenabkommen neu lanciert von Reinhard Wegelin*

Seite 2

**Kanton Zürich***Fragwürdiges Demokratieverständnis von Ueli Bamert*

Seite 3

**Aktuell***Nahostkrieg – Kein Ende in Sicht von Christoph Blocher*

Seite 4–5

**Parlamentsgemeinden***Die Grünliberalen schiessen zurück von Samuel Balsiger*

Seite 6

**Veranstaltungs-Tipp***Fondueplausch mit NR Matter am 9. November*

Seite 8

EIN ZWEIFACHES JA AM 24. NOVEMBER

## Für faire Regeln und Rechtssicherheit

Am 24. November 2024 stimmen wir über zwei Änderungen des Mietrechts ab. Beide Vorlagen berühren nur einen kleinen Teil der Mietverhältnisse. Sie sorgen aber für faire und klare Regeln und schaffen Abhilfe in störenden Einzelfällen. Rechtssicherheit nützt den Mietern wie auch den Vermietern. Daher ist ein doppeltes JA wichtig.

Wenn Abmachungen schriftlich festgehalten und Kriterien verbindlich definiert werden, profitieren Mieter wie auch Vermieter. Genau dies will die Vorlage betreffend Untermiete erreichen. Dort soll eine kleine Änderung im Obligationenrecht erfolgen: Neu soll der Mieter für die Untervermietung nicht nur ein mündliches Einverständnis, sondern eine schriftliche Zustimmung des Vermieters benötigen. Die Bedingungen, unter welchen der Vermieter die Zustimmung verweigern kann, werden präzisiert.

Damit soll verhindert werden, dass Mieter ihre Wohnung zu überhöhten Preisen weitervermieten und z.B. via Airbnb oder Business-Appartements ungerechtfertigten Profit herauschlagen. Dies kommt leider immer häufiger vor, weshalb es eine Anpassung der Regeln braucht. Von dieser Anpassung profitieren auch die Untermieter: Sie kennen oft die tatsächlichen Verhältnisse nicht und zahlen darum die überhöhten Mietpreise.

**Mieter profitieren von neuer Regelung**

Die neue Regelung schützt aber auch die anderen Mieter im Hause: Ständige

Untermieterwechsel sind für andere Mieter oft sehr störend. Wenn in der Nachbarwohnung ständig neue Leute ein- und ausgehen, führt dies zu Lärm, Dreck und allenfalls auch Sicherheitsproblemen.

Selbstverständlich bleibt das Recht zur Untermiete bestehen: Wer auf eine Reise oder beruflich ins Ausland geht,

«Die Flexibilität bleibt gewahrt, aber die Rechtssicherheit wird gestärkt.»

kann seine Wohnung auch weiterhin befristet untervermieten. Auch für Studenten, die in einer WG leben, bleibt mehr oder weniger alles beim Alten. Die Flexibilität bleibt gewahrt, aber die Rechtssicherheit wird gestärkt. So werden sowohl Mieter wie auch die Untermieter und die Nachbarn vor Missbrauch geschützt.

**Rechtssicherheit ist wichtig**

Ähnlich ist es bei der zweiten Vorlage zum Mietrecht, die den sogenannten Eigenbedarf betrifft: Auch hier soll die Rechtssicherheit gestärkt werden. Wer eine Wohnung oder ein Geschäftslokal kauft, will diese allenfalls selbst nutzen. Bereits heute kann der neue Besitzer das Mietverhältnis innert gesetzlicher Frist kündigen. Dies kann er aber nur machen, wenn er selbst in die Wohnung einziehen oder das Geschäftslokal nutzen möchte. Dafür muss er so-

genannten «dringenden Eigenbedarf» für sich, nahe Verwandte oder Verschwägerter geltend machen.

Neu soll die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bedeutender und aktueller Eigenbedarf» ersetzt werden. Diese punktuelle Anpassung der Formulierung im Gesetz erleichtert es Personen, die eine bisher vermietete Wohnung oder ein bisher vermietetes Geschäftslokal kaufen, ihr Eigentum innerhalb einer vernünftigen Frist tatsächlich selbst nutzen zu können.

**Mieterschutz bleibt gewahrt**

Die Rechte der Mieter bleiben vollumfänglich bestehen: Sie können auch künftig die Kündigung anfechten und kostenlos bei der Schlichtungsbehörde auf ihre Zulässigkeit überprüfen lassen. Ebenso bleibt das Recht bestehen, ein Erstreckungsbegehren von maximal vier Jahren bei Wohnungen und gar maximal sechs Jahren bei Geschäftslokalen zu stellen. Eine Verkürzung der Verfahren ist nicht vorgesehen.

Diese punktuelle Anpassung der Regelung betreffend Eigenbedarf ist gerade für Gewerbebetriebe und KMU von

«Die Gesetzesrevision ermöglicht, das Eigentum auch wirklich nutzen zu können.»

Bedeutung. Dort kann es sehr wichtig sein, eine Liegenschaft baldmöglichst nutzen zu dürfen. Die Gesetzesrevisi-



Die Änderungen des Mietrechts sorgen für faire und klare Regeln zugunsten beider Seiten.

Bild: Adobe Stock

on ermöglicht, das Eigentum auch wirklich nutzen zu können – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

**Für faire Wohnungsmieten – gegen die schleichende Verstaatlichung**

Dass der Mieterverband gegen diese zwei kleinen Änderungen ein Referendum ergriffen hat, ist erstaunlich – zumal die Regelungen auch im Interesse der Mieter sind. Doch die Exponenten des Mieterverbands verfolgen eine langfristige Strategie: Sie wollen den Wohnungs- und Immobilienmarkt schrittweise verstaatlichen. Daher be-

kämpfen sie aus Prinzip alle Vorschläge der Hauseigentümer.

Die Forderungen des Mieterverbands lesen sich wie das Programm einer kommunistischen Partei: Der Mieterverband fordert eine Mietpreiskontrolle, ein staatliches Vorkaufsrecht für Liegenschaften, mehr staatliche Mittel zum Erwerb und zur Erstellung von Immobilien sowie Auflagen und Verbote zur Umnutzung von Liegenschaften. Dies alles würde die Wohnungen noch mehr verteuern. Daher ist es auch aus strategischer Sicht wichtig, am 24. November 2 x JA zu sagen.



Gregor Rutz  
Nationalrat SVP  
Zürich

## Geniessen Sie mit uns eine Schifffahrt auf dem Zürichsee!

**Wann:** Mittwoch, 23. Oktober 2024, 18-21 Uhr  
**Was:** Informationen zu den eidg. Abstimmungen vom 24. November 2024

mit **Nationalrätin Barbara Steinemann** und **Nationalrat Gregor Rutz**

**Verpflegung:** Wurst und Brot

**Boarding:** 17:45 Uhr

**Wo:** Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6

**Anmeldung:** sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66

**Alles offeriert!**

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!  
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!  
SVP Kanton Zürich



Für eine Schweiz,  
die vorwärtskommt



zusammen-vorwaertskommen.ch

**JA** 24. Nov. 2024  
Sicherung der  
Nationalstrassen



Christoph Mörgeli

## «Wende» in der Asylpolitik?

Zwanzig Jahre lang war der Mann mit dem weltläufigen Namen Oliver Washington Bundeshausredaktor von Radio SRF. Anfang Jahr wechselte er die Strassenseite und wurde Kommunikationschef im Justiz- und Polizeidepartement. Und ergraut jetzt mit erfreulichen Pensionsansprüchen im Bundesdienst – wie so viele Ex-Journalisten. Ehemals Redenschreiber von SP-Bundesrat Moritz Leuenberger, lässt er jetzt SP-Bundesrat Beat Jans in hellem Glanz erscheinen.

Das klappt allerdings mehr schlecht als recht. Denn die lausige Asylpolitik von Bundesrat Jans beherrscht die Schlagzeilen. Sie wird jetzt gemessen an seinen vollmundigen Versprechen. Sein Rezept gegen die illegale Massimmigration besteht aus Nichtstun. Während die Nachbarstaaten ihre Grenzen kontrollieren, glaubt die Schweiz noch immer an die Verträge von Schengen/Dublin. Damit sich Beat Jans die parlamentarische Kritik nicht anhören muss, schwänzt er einfach die Kommissionssitzungen.

Zum Glück kennt sein Kommunikationschef Oliver Washington die Journalisten des «Sonntagsblick». Er flüsterte ihnen zu, dass Bundesrat Jans zwei (!) schwerkriminelle Afghanen zurückschaffen liess. Nicht ohne diesen vorher noch je fünfhundert Franken in die Tasche zu stecken. Worauf der «Sonntagsblick» seine Titelgeschichte hatte und von einer «Wende in der eidgenössischen Migrationspolitik» schwafelte. Zitiert wurde Vincenzo Mascioli (SP), Vizedirektor im Staatssekretariat für Migration: «Wir haben es mit schweren Straftätern zu tun, die ein Problem für die innere Sicherheit darstellen.»

Jetzt sind nur noch dreizehn schwerkriminelle Afghanen hier. Eigentlich dürfte es nicht einen einzigen Zuwanderer geben, der mit Messern und Schiesseisen hantiert, droht, stiehlt oder mit Drogen handelt. Was geschähe mit uns, wenn wir uns in ihren Ländern so aufführten? Die publikumswirksame Rückschiebung zweier Afghanen ist nicht mehr als eine PR-Massnahme. Eine Aktion für die Galerie, um den zuständigen Asylminister besser aussehen zu lassen. Die Asylpolitik von Beat Jans ist ein Kasperltheater für Erwachsene.

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ

# Bringen wir die Schweiz wieder in Ordnung!

Chaos im Asyl, bei den Finanzen, bei der Zuwanderung, aber auch in der Bildung: Die Ursache für fast alle Probleme in unserem Land ist die masslose Zuwanderung. Die Schweizerinnen und Schweizer haben genug von dieser schädlichen Zuwanderungs- und Asylpolitik. «Die SVP hat Lösungen – die Grenzschutz-Initiative gegen den Asylmissbrauch und die Nachhaltigkeits-Initiative für eine massvolle Zuwanderung», sagte Parteipräsident Marcel Dettling an der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Aarau (AG).



Das Bevölkerungswachstum der Schweiz gehört zum höchsten in Europa.

Bild: Adobe Stock

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Aarau stand die nach wie vor masslose Zuwanderung. Allein letztes Jahr kamen 140000 Personen zusätzlich in unser kleines Land. Die Folgen sind steigende Mieten und Krankenkassenprämien, explodierende Sozialkosten, steigende Kriminalität, verstopfte Strassen und Züge und ein sinkendes Niveau an unseren Schulen. SVP-Präsident Marcel Dettling brachte es vor den Delegierten auf den Punkt: «Ich bin viel unterwegs in der Schweiz und ich höre aus der Bevölkerung vor allem eine Botschaft: Es ist genug! Die

Leute haben genug von der masslosen Zuwanderung und dem Asylchaos.» Die Leute haben auch genug davon, dass Milliarden Franken ins Ausland verschleudert werden. «Und wir Schweizer sollen verzichten, sparen, immer schön brav sein und Steuern zahlen? Gaht's no!» So töne es draussen bei den Leuten, wenn man den Mut habe, richtig hinzuhören, so Dettling. «Wir müssen in der Schweiz wieder die Ordnung herstellen!»

Die Aargauer Regierungsratskandidatin Martina Bircher setzt sich für Kurskorrekturen in der Volksschule ein.

Etwa bei der integrativen Schule. Diese sei gescheitert. «Es braucht wieder Förder- und Kleinklassen», so Bircher. Im Kanton Aargau sind 40% der Schülerinnen und Schüler fremdsprachig – die Folge einer jahrelang fehlgeleiteten Zuwanderungspolitik. «Die Schule kann das Problem nicht alleine lösen. Sie muss aber alles tun, damit die Unterrichtsqualität gewährleistet ist», so Bircher. Dies bekräftigte der Nidwaldner Bildungsdirektors Res Schmid. Derzeit laufe in der Volksschule zu viel falsch. Insbesondere die unkontrollierte Asyl- und Zuwanderungspolitik sei ein Prob-

lem: «Sie führt zu einer stark zunehmenden Zahl fremdsprachiger Kinder in den Klassen, was die Integration erschwert und für die Lehrerinnen und Lehrer kaum mehr zu bewältigen ist.»

«Zum Glück gibt es die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP» Hinzu kommt: Die masslose Zuwanderung führt dazu, dass unser Wohlstand sinkt. Dies führte Gastredner, Wirtschaftspräsident Mathias Binswanger, aus. Das Bevölkerungswachstum der Schweiz gehört zu den höchsten in Europa. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) generell pro Jahr um durchschnittlich 1,8% gewachsen. Pro Kopf gemessen sinkt der Wohlstand jedoch und war 2023 bereits negativ. In der Schweiz könnten 10, 11 oder 12 Millionen Menschen leben, so Binswanger. Die Frage sei aber, ob es Sinn mache, weiterhin ein möglichst hohes Wachstum anzustreben, das den materiellen Wohlstand nur noch wenig erhöhe, aber der Lebensqualität durch Dichtstress, Wohnungsknappheit und Zersiedelung abträglich sei. «Zum Glück gibt es die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP», so Binswanger. Diese habe gute Chancen, vom Volk angenommen zu werden. «Das erhöht den Druck in den Verhandlungen mit der EU, eine für beide Seiten akzeptable Schutzklausel auszuhandeln.»

## Abstimmungs-Parolen: 4 Mal JA

Für die Abstimmungen vom 24. November fassten die Delegierten der SVP Schweiz mit grosser Mehrheit die JA-Parole zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen sowie zu den beiden Mietrechtsvorlagen. Bei der Vorlage zur einheitlichen Pflegefinanzierung (EFAS) beschloss die Delegierten nach einer intensiven Debatte mit 248 zu 90 Stimmen bei 9 Enthaltungen ebenfalls die JA-Parole.

An der Delegiertenversammlung in Aarau nahmen 384 Delegierte und 97 Gäste teil.

## DISKUSSION UM RAHMENABKOMMEN NEU LANCIERT

# Die FDP trimmt sich auf EU-Kurs

In der Person von Nationalrat Simon Michel wird die FDP wieder fester auf EU-Kurs gebracht. Das Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats und Vorstandsmitglied von economiesuisse verteidigt praktisch jegliche Art von Rahmenabkommen mit der EU.

Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon

Michel baut in seiner politischen Argumentation ähnliche Horrorszenerarien auf, wie sie damals von den EWR-Fundis zu hören waren. Der Solothurner Nationalrat versteckt sich dabei immer hinter dem bilateralen Weg. Beim Rahmenabkommen geht es aber um viel mehr.

### «Befristet»

Michel ist auf eine ganz schlaue Idee gekommen. Er will mit einer Schutzklausel in der Verfassung oder im Ausländergesetz im Notfall die Zuwanderung «eigenständig» und «befristet» bremsen können.

Das will Michel als Gegenvorschlag zur Grenzschutz-Initiative. Michel meint, mit einer «vorübergehenden Bremsung» der Zuwanderung alle Probleme lösen zu können. Richtiggehend naiv gibt sich Michel bei der Frage der zwingenden Rechtsübernahme, der sogenannten «dynamischen Rechtsübernahme». Das bedeute ja nur, dass man zu allem weiterhin Ja oder Nein sagen könne. Michel spielt auch die sogenannten Ausgleichsmassnahmen massiv herunter. Diese seien keineswegs Strafmassnahmen, wie er immer wieder betont.

Damit mausert er sich zu einer männlichen Christa Markwalder. Die Berner Politikerin war der letzte EU-Turbo der FDP.

### «Ständemehr-Verfälschung»?

Michel geht aber noch weiter und zertrümmert jeglichen schweizerischen Föderalismus. Er findet es schlimm, wenn der Kanton Appenzell Innerrhoden beim Ständemehr auch mitgestalten kann. Eine Unterstellung des Abkommens unter das Ständemehr sei undemokratisch, ja sogar unehrlich. Er spricht in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» gar von einer «Ständemehr-Verfälschung».

### Obligatorisches Referendum

Die Kompass-Initiative ist Michel ein Dorn im Auge. Sie will, dass völkerrechtliche Verträge, die eine Übernahme wichtiger rechtssetzender Bestimmungen vorsehen, Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden müssen. Die Initiative kommt im Fall des

«Die Kompass-Initiative stärkt die demokratischen Rechte des Volkes.»

Rahmenabkommens vielleicht zu spät. Sie stärkt jedoch die demokratischen Rechte des Volkes sowie die Eigenständigkeit der Kantone. Und die NZZ kommt gar zum Schluss: «Die Kompass-Initi-

tive zwingt Bundesrat und Parlament faktisch dazu, das EU-Abkommen dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.»

Das von vielen Prominenten wie Bernhard Russi oder Kurt Aeschbacher sowie zahlreichen Unternehmern unterzeichnete Kompass-Volksbegehren hat eine neue Dynamik in die Diskussionen um das Rahmenabkommen gebracht. Die FDP und insbesondere Nationalrat Mi-

chel sollten sich gut überlegen, was sie tun. Die Verteufelung des Ständemehrs gibt bei einer sich selbst als «staatstragend» sehenden Partei zu denken.

## Michel ist kein zukünftiger Bundesrat

Wer so schräg und fern aller Traditionen der Schweiz argumentiert, ist sicher kein zukünftiger Bundesrat. Michel mag ein guter Unternehmer sein; politisch fundiertes Handwerk hat der überzeugte Globalist und «homo novus» der FDP bisher noch nicht an den Tag gelegt.



Der geplante Vertrag mit der EU bedeutet die totale Unterwerfung der Schweiz.

Bild: Adobe Stock

## AUS DEM KANTONS RAT

## Fragwürdiges Demokratieverständnis

Der Kantonsrat ist in den Herbstferien, daher gibt es heute keinen klassischen Ratsbericht. Die Politik macht aber keine Pause: Für Aufregung sorgte letzte Woche der Zürcher Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) mit seiner Ankündigung, den Volksentscheid gegen Stipendien für abgewiesene Asylbewerber ignorieren zu wollen. Er offenbart damit ein höchst fragwürdiges Demokratieverständnis.



**Ueli Bamert**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Es ist noch nicht allzu lange her: Am 22. September knallten bei der SVP des Kantons Zürich die Korben. Wir konnten die Referendumsabstimmung gegen die Vergabe von Gratis-Stipendien an abgewiesene Asylbewerber klar und deutlich mit 54% Nein-Anteil gewinnen. Die Vorlage hätte zwar bloss wenige Asylbewerber betroffen und auch die Kosten wären überschaubar gewesen, dennoch war das Nein des Zürcher Stimmvolks zu dieser Vorlage ein wichtiger symbolischer Sieg für die SVP und eine Bestätigung unseres Asylkurses.

Ausserdem war das Verdikt eine vernichtende Niederlage und eine Demütigung für die asylnfreundliche Linke, die am liebsten die ganze Welt in der kleinen Schweiz aufnehmen würde.

## Schlechter Verlierer

Mindestens einer wollte sich diese Demütigung nicht gefallen lassen: der stadtzürcher Sozialvorsteher, SP-Stadtrat Raphael Golta. Keine zwei Wochen nach dem Abstimmungssonntag liess er über die Tamedia-Zeitungen verlauten, dass er sich um den deutlichen Volksentscheid foutieren und eine eigene städtische Stipendienregel einführen werde. Schliesslich habe die Bevölkerung der Stadt Zürich der Vorlage mit über 65% zugestimmt, so Golta weiter; er leite daraus eine demokratische Legitimation ab.

Sozialvorsteher Golta offenbart mit diesem Vorgehen dreierlei: Erstens präsentiert er sich als schlechter Verlierer mit fragwürdigem Demokratieverständnis. Die Linke hat die Abstimmung deutlich verloren. Nach so einer Klatsche üben sich gute Demokraten üblicherweise in Demut und akzeptieren den Volkswillen – nicht so Golta. Dieser täubelt lieber und sucht nach einem



**Irritierendes Demokratieverständnis: In der Stadt Zürich sollen abgewiesene Asylbewerber trotz Volks-Nein zukünftig Stipendien erhalten.** Bild: Adobe Stock

Schlupfloch, wie er seinen Willen doch noch durchsetzen kann.

Zweitens scheint er eine irritierende Vorstellung von Föderalismus zu haben. Wenn jede Gemeinde eine eigene Regelung ausarbeiten würde, sobald ihr ein Entscheid der übergeordneten politischen Ebene nicht passt, würde in unserem Land das pure Chaos ausbrechen.

## Arroganz der Macht

Und drittens lässt Raphael Golta jegliches politisches Fingerspitzengefühl vermessen. Hätte er wenigstens ein paar Monate gewartet und die separate städtische Regelung unauffällig durch die Hintertür eingeführt, wäre das ganze wohl ohne grosses Aufsehen durchgegangen. Die Ankündigung bereits zwei Wochen nach der Abstimmung war aber ganz offensichtlich als Provokation gedacht, um möglichst viel Wirbel zu machen und den politischen Gegner maximal zu ärgern. Die Arroganz der Macht tritt hier wieder einmal offen zutage: Die SP glaubt, sich in der Stadt alles erlauben zu können.

Selbstverständlich wird sich die SVP gegen dieses Vorgehen des Sozialvorstehers wehren, notfalls per Referendum

an der Urne oder auf juristischem Weg – schliesslich ist noch nicht einmal klar, ob eine solche städtische Extrawurst rechtlich überhaupt möglich ist.

## Linke Klientelpolitik

Letztlich ist das grobe Foul von SP-Stadtrat Golta aber auch ein weiterer Beleg für die tiefer liegende Taktik der Linken in den Städten. Ihre ganze Politik läuft stets darauf hinaus, an möglichst viele vermeintlich unterprivilegierte Gruppen möglichst viele Zückerchen zu verteilen, um immer grössere Wählerschichten an sich zu binden; hier ein Subventionchen, da eine Zulage, dort eine Vergünstigung.

Alles, um die eigene Klientel bei Laune zu halten – wer beisst schon gern die Hand, die ihn füttert? Dies alles ist nur möglich, weil die Steuermilliarden in der Stadt Zürich nach wie vor munter sprudeln und in der Bevölkerung offenbar keinerlei Bedürfnis für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik besteht. Und so machen die Linken auch weiterhin das, was sie am besten können: Geld, das sie nicht selber verdient haben, an ihre Wähler verteilen.

## WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

## Grosser Dank für Ihr Engagement, aber es geht nahtlos weiter

Seit der letzten Abstimmung vom 22. September ist nun schon wieder einige Zeit vergangen. Aber es ist mir trotzdem ein Anliegen, allen, die so engagiert und zahlreich geholfen haben, zu danken. Dank Ihrem unermüdlichen Einsatz ist es uns gelungen, im September die kantonale Abstimmung «Nein zu Gratis-Stipendien» zu gewinnen. Aber wir müssen gemeinsam die Schlagzahl hochhalten, damit wir auch die nächsten Herausforderungen meistern können.

## Abstimmungen am 24. November 2024

In gut fünf Wochen stimmen wir über die nächsten vier eidgenössischen Vorlagen ab; auf kantonaler Ebene kommt nichts zur Abstimmung. Vergangenes Wochenende haben sich die Schweizer SVP-Delegierten ebenfalls für ein vierfaches JA entschieden und somit gilt es, unser Umfeld auch dieses Mal zum Urnengang zu mobilisieren. Gerade die wegweisende Entscheidung für den Nationalstrassenausbau hat zwar nicht direkt in dieser Abstimmung Konsequenzen für unseren Kanton, stellt aber die Weichen für den nächs-

ten Ausbauschnitt, welcher für den Kanton Zürich essenziell sein wird (Zürcher Oberland-Autobahn). Also legen wir uns weiter «ins Zeug» und beherzt ein vierfaches JA ein. Von wegen, die SVP ist immer dagegen ...

Schon jetzt ist klar, dass die erste Abstimmung im Jahr 2025 ebenfalls einfach zu erklären sein wird, kommt doch lediglich eine eidgenössische Abstimmung an die Urne und wiederum keine kantonale Entscheidung.

## Unterschriften Grenzschutz-Initiative auf gutem Weg, aber ...

Wir im Kanton Zürich sind auf gutem Weg, aber weiterhin deutlich von unserem Sammelziel entfernt. Rund die Hälfte der Unterschriften unseres kantonalen Sammelziels haben wir beisammen, aber die zweite Hälfte wird erfahrungsgemäss schwieriger zu sammeln sein.

Viele Sektionen haben die auferlegten Ziele erreicht, auch einige Mandatsträger haben die benötigten Unterschriften ihrer persönlichen Quote bereits geschafft. Aber wir brauchen weitere Tausende von Zürcher Unterschriften für die Grenzschutz-Initiative.

Je schneller wir diese Initiative zusammenbringen, desto schneller können wir das akute Asylchaos in den Griff bekommen und den notwendigen Druck auf unsere politischen Gegner erhöhen.

Wenn Sie uns für die Sammlung weiterer Unterschriften unterstützen wollen, können Sie zusätzliche Unterschriftenbögen bei uns auf dem Sekretariat bestellen oder Sie wenden sich an Ihre Ortssektion. Nähere Informationen sowie die Downloadmöglichkeit des Unterschriftenbogens zur Grenzschutz-Initiative finden Sie auch unter [www.grenzschutzinitiative.ch](http://www.grenzschutzinitiative.ch).

Lassen Sie uns zusammen ein weiteres, starkes Zeichen zur Beendigung des Asylchaos in der Schweiz setzen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung in allen Belangen unserer Partei.



von  
**Marco Calziglia**

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Sicherheitspolitische Schwerpunkte aus Sicht des Kommissionspräsidenten

Sicherheit und Freiheit gehören in unserem Parteiprogramm zusammen und sind zwei Voraussetzungen für eine funktionierende, freiheitliche Demokratie. Damit dies auch weiterhin so bleibt und eine Balance zwischen diesen, teils in Widerspruch zueinander stehenden Grundtugenden besteht, gilt es, das Polizeigesetz mit dem nötigen Augenmass zu revidieren.



**Daniel Wäfler**  
Kantonsrat SVP  
Gossau

Hier kann aber vorausgeschickt werden, dass bei der Vernehmlassung schon viel Wert auf Verhältnismässigkeit gelegt wurde und die Vorschläge des Regierungsrates bereits sehr auf die effektiven Sicherheitsbedürfnisse des Kantons zugeschnitten sind. Gerade der verstärkte Datenaustausch zwischen den Kantonen ist längst überfällig; hier gilt es, verbliebene Schlupflöcher für Kriminelle zu schliessen.

## Einsatzfähigkeit sicherstellen

Um ein freiheitliches und prosperierendes Zusammenleben in einem sicheren Rahmen tagtäglich zu ermöglichen, leisten die Blaulichtorganisationen einen ungemein wertvollen Beitrag. Damit sie dies auch künftig tun können, müssen sie von der Politik auf die künftigen Gefährdungen und Bedrohungen ausgerichtet werden. Bei der Polizei gilt es, ein Augenmerk auf die genügende Alimentierung der Korps zu legen und die Frage nach einer Einheitspolizei zumindest im Hinterkopf zu behalten. Entscheidend wird die weitere Entwicklung der kommunalen Polizeikorps sein. Können sie ihre Einsatzfähigkeiten behaupten, wird es nicht so schnell zum Thema. Wird jedoch die Kantonspolizei immer mehr zu deren Retter in Not, dann wird sich die Frage der Einheitspolizei wieder stellen.

Auf der Ebene der Polizeiarbeit erhoffe ich mir aber durch die Verstärkung der Frontarbeit bei der KAPO und die stärkere interkantonale Zusammenarbeit positive Effekte. Hier müssen dann auch die Partner der Polizei bei der Strafverfolgung Schritt halten. Die Staatsanwaltschaften sowie auch der nachgelagerte Justizvollzug sind wieder verstärkt auf deren Kernaufträge auszurichten und möglichst schlank und effektiv auszugestalten. Das Ganze steht und fällt natürlich auch mit der Gesetzgebung, welche ständig detaillierter wird und mehr Arbeit generiert. Hier ist eine mutige und weitsichtige Gesetzgebung wohl nötiger denn je.

## Zusammenarbeit mit der Armee zentral

Wenn wir die kantonale Flugebene verlassen und zuerst die Ebene über uns betrachten, dann macht die Entwicklung bei der Armee immer noch Sorgen. In puncto Durchhaltefähigkeit und Ausrüstung muss gerade der Kanton Zürich mit dem Flughafen auch auf die Armee zählen können. Die Lehren

aus den aktuellen Konflikten und der Wille zur Stärkung der Armee sind bisher aber noch nicht spürbar in Verbesserungen eingeflossen. Hauptprobleme sind die hohen Abgänge in den Zivildienst und zu wenig Ausrüstung, welche dann durch die Wiederholungskurse sehr stark abgenutzt wird.

Trotz dieser widrigen Umstände hat die Armee bisher sehr viel mit dem Kanton Zürich bezüglich der Flughafensicherheit gemacht. In dieser Hinsicht ist es mir ein Hauptanliegen, dass die bisherigen Fähigkeiten erhalten bleiben und man nicht nur die Kooperation mit dem Ausland thematisiert, sondern auch die zivil-militärische im Inland. Eine weitere Reduktion der Leistungen rund um den Flughafen durch die Armee gilt es, vehement zu verhindern und den Ausbau der Fähigkeiten der Armee mit Nachdruck zu fördern.

## Bevölkerungsschutz stärken

Für den Bevölkerungsschutz sind in erster Linie die Gemeinden zuständig, doch die Vorgaben kommen aus Bern und die Ausbildung koordiniert der Kanton. Die massiven Unterbestände des Zivilschutzes machen mir daher grosse Sorgen. Jede Staatsebene verweist auf die andere. Doch wenn es mal zu einer Katastrophe kommt, dann müssen Städte und Gemeinden bereit sein. Hier bin ich bereit, in der Kommissionsarbeit noch mehr Fokus auf den Bevölkerungsschutz zu legen, da die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation etwa in puncto Radioaktivität wieder das Niveau der 80er-Jahre erreicht hat, unsere Fähigkeiten zum Schutz aber mittlerweile unterirdisch sind. Hier gilt es, schnell kritische Fragen im Vorfeld zu stellen und Lösungen zu finden! Zum Beispiel: Wo sind unsere unterirdischen Spitäler von einst?

Fazit zum Abschluss: Sicherheit und Freiheit haben sich zu ergänzen und nicht zu negieren. Weiter muss die Sicherheit als Gesamtes gesehen werden und das Nötige dazu immer wieder, ohne Silodenken, pragmatisch umgesetzt werden.



**In der Krise braucht der Flughafen Zürich auch die Armee.** Bild: Blaulicht Magazin

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



HERRSCHEN STATT DIENEN

# Egozentrik in der Praxis von Spitzenkräften

Wenn Persönlichkeiten in Spitzenpositionen nicht mehr Staat und Gesellschaft dienen, sondern diese in den eigenen Diensten gehalten werden.



**Bernhard im Oberdorf**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Was es heisst, wenn die mit Milliarden gerettete Swissair, ein Stück an «Heimat», für ein Trinkgeld ins Ausland verschert wird, spürt man auch bei Flügen in die USA: Mit der Swiss zu fliegen, ist bei Weitem nicht mehr, was es mit der Swissair war. Die Herzlichkeit der Besatzung ist weg und hat einem Minimalismus den Platz geräumt. War es früher möglich, dass für einen gemeinsamen Bekannten eines Crew-Mitglieds und eines Reisenden die ganze Besatzung vom Captain bis zu den Flight Attendants zusammen eine Karte unterschrieb, ist jetzt Distanz angesagt mit der «Correctness», in welcher die Passagiere vielleicht heimlich eher als «Belastungsmaterial» gesehen werden.

### Ausverkauf der Kultur

Aber auch das «Flugmaterial» erweist sich eher als finanzorientiert. Bei der Swissair gab es noch die auch in der Economy kundenfreundlichen MD-11 und A-340. Wer in der heutigen «Holzklasse» fliegt, wird auf 12-Stunden-Flügen mit einer Boeing 777 in die USA regelrecht in enge Sitze gepfercht, um dann angesichts dieser Enge zerknüllt am Ziel anzukommen. Auswege gibt es theoretisch: Als Senator kann man zwar die Reihe 27 mit mehr Fussfreiheit buchen, wenn diese Plätze nicht schon für 150 Franken anderweitig vergeben wurden. Wer sich in die Primary-Economy retten will, zahlt für bessere Beinfreiheit auf einem Weg noch 430 Franken dazu.

Auch ein Senator-Status bei Swiss, was für treue Passagiere früher der Mitgliedschaft im Travelclub entsprach, ist nicht mehr, was er war. Von einer Swiss Consultant war zu erfahren, dass es heute zu viel Senatoren gebe, weil von der Swissair-Besitzerin, also der deutschen Lufthansa, während der Coronapandemie viele in den Senator-Status geholt wurden: «Das kann so nicht weitergehen, da wurden junge Leute reingeholt, die diesen Status nicht einmal zu schätzen wissen», soweit der Originalton. Kein Wunder, wenn dies auf Kosten der langjährigen Swissair-Kunden geht. Der bisherige Swiss-CEO, ein Belgier, hat sich mit guten Finanzergebnissen nach drei Jahren schon für höhere Weihen bei der Lufthansa angedient. Die Swiss wird so zum «Durchlauferhitzer».

Hier wie auch an anderen Orten sind es oft ausländische Spitzenmanager und Mitglieder des Verwaltungsrates (Frauen sind mitgemeint), die sich ihre eigenen Vorteile auf Kosten der Kunden verschaffen. So sind es auch solche «Top-Shots», welche die Credit Suisse nicht nur mit politisch unkorrekt hohen Bezügen in den Abgrund spekuliert haben.

### Politiker, die sich bedienen lassen

Wer nach einem langen Flug erwartet hätte, dass vor den Wahlen in den USA viele Plakate hängen, wie das in Europa der Fall ist, irrt sich. Es sind, an den Orten im Westen, solche mit der Aufschrift «Harris Walz». Dies könnte sich als riskant erweisen: Denn nach dem Sturm auf das Capitol ist die Gefahr eines Feldzuges gegen solche, ihre Auffassung zur Schau tragenden US-Bürgern von militanten Vertretern der anderen Seite nicht von der Hand zu weisen.

Diese Gedanken zeigen, dass derzeit die Demokratien aus dem Ruder zu laufen drohen und mit Pattsituationen gefährliche Lagen bewirken: In Israel ist nach mehreren Anläufen eine derart knappe Mehrheit für die Regierung

entstanden, dass die extrem orthodoxe Vertretung so etwas wie eine Vetomacht bildet. Weil ein Einzeller die Regierung zu Fall bringen kann, wird sie völlig von ihm abhängig. Ein Benjamin Netanjahu will und kann einen Sturz seiner Regierung nicht riskieren: Nur diese Immunität schützt ihn vor der Justiz, vor welcher er sich aufgrund von Korruptionsverfahren verantworten müsste, vor allem, nachdem seine Justizreform zum eigenen Vorteil gescheitert ist. Darum herrscht auch in israelischen Militärkreisen grosse Verwunderung darüber, dass der Angriff der Hamas vom 7. Oktober trotz vielen Warnungen in den Wind geschlagen wurde.

Es ist elementar, dass man innenpolitische Krisen durch die Aussenpolitik in Schach halten kann. So kann ein Krieg einem Premier mit verllorener Glaubwürdigkeit dienen. Israel hat sein gutes Recht, sich zu verteidigen: Nur ist Israel nicht mit Netanjahu gleichzusetzen. Dieser müsste der Nation die-

nen, nicht umgekehrt. Doch dies ist nicht das einzige Beispiel; auch in der Slowakei scheint der Premier Robert Fico immer mehr das Land zu seinem Machterhalt umbauen zu wollen. Das erinnert etwas an das «Demokratieständnis» bei Vertretern der extremen «Politischen Islamisten»: Die Demokratie taugt in deren Augen nur solange, bis man mit ihr an die Macht gelangt ist.

### Düstere Aussichten

So stellen sich viele Männer an der Spitze – sei das in der Politik oder in der Wirtschaft – selber ins Zentrum. Wenn man in den USA ausserdem erlebt, wie viele aus dem Volk einem Sektenprediger lauschen und begeistert folgen – Billy Graham und Mary Baker Eddy sind nicht die einzigen Beispiele der Engführung – sieht man, wie die Demokratie als Herrschaft des Volkes durch eine Ochlokratie als Herrschaft des Pöbels bedrängt wird. Die Perspektiven werden weltweit düsterer.



Wer künftig die USA regieren wird, entscheidet sich einmal mehr in wenigen Bundesstaaten: den sogenannten Swing States. Bild: Bernhard im Oberdorf

# Raclette-Abend

## am Samstag, 19. Oktober 2024

Alle Jahre wieder findet unser traditioneller Raclette-Abend statt.

Kommen Sie vorbei und geniessen Sie in gemütlicher Atmosphäre ein feines Raclette. Sie sind herzlich willkommen!

**Wann:** Ab 18.00 Uhr  
**Wo:** Mehrzweckraum Wohnen im Alter  
Alte Buchserstrasse 14, Boppelsen

Wir freuen uns auf Ihren Besuch  
SVP Ortssektion Boppelsen



SVP USTER

# Politik und Gemütlichkeit am Oktoberfest vereint

Die SVP Uster zeigt, dass politische Gespräche und geselliges Beisammensein perfekt zusammenpassen. Beim Oktoberfest geht es nicht nur um Brezn, Bier und gute Laune, sondern auch darum, als starke Gemeinschaft präsent zu sein.

Es ist schön zu sehen, wie Politik und Feste Hand in Hand gehen kön-

nen. Zusammenhalt und Einsatz für Uster gehören zu unserer Kultur!

Ein grosses Dankeschön an alle, die bei uns dabei sind und sich für ein starkes Uster einsetzen. Auf viele weitere gesellige und produktive Momente!

Daniel Schnyder,  
Präsident SVP Uster



Die SVP Uster feiert das gesellige Beisammensein. Bild: Daniel Schnyder

## Einladung zum Fondueplausch SVP Uster



Nationalrat Thomas Matter

**Wann?**  
JUL 17  
Samstag, 9. November 2024  
Fondue: ab 11.30 Uhr  
Referat: ca. 12.30 Uhr  
Ausklang: ca. 16.00 Uhr

**Wo?**  
Forsthaus Mühleholz  
Haldenstrasse, 8610 Uster

**Referat:**  
«Aus den Sümpfen von Bern»

Anmeldung SVP Uster:  
Präsident Daniel Schnyder  
daniel.schnyder@svp-uster.ch



## SVP Bonstetten

Einladung zum Podium Bonstetten im Gemeindesaal  
**Dienstag, 29. Oktober 2024 (19 Uhr)**

### Ausbau Nationalstrassen

Debatte «Bundesbeschluss über den Ausbauschritt für die Nationalstrassen»  
Pro: Benjamin Giezendanner, NR (SVP) – Kontra: Priska Seiler Graf, NR (SP)



### Änderungen Mietrecht

Debatte «Änderung des Obligationenrechts; Untermiete, Eigenbedarf»  
Pro: Barbara Steinemann, NR (SVP) – Kontra: Islam Alijaj, NR (SP)



Podium Bonstetten zur Volksabstimmung vom 24. November 2024. Besuchen Sie unsere öffentlichen Podiumsgespräche. Wir freuen uns, möglichst viele Interessierte am 29. Oktober begrüßen zu dürfen.

SVP Bonstetten

Termin eintragen



GRÜN UND TEUER

# Solarboom sorgt für steigende Stromkosten

An einem Informationsabend zeigte die Elektrizitätsgenossenschaft Marthalen (EGM) auf, warum auch 2025 der Preis für den Strombezug erneut steigt. Der Grund ist in der boomenden Solarenergie auf den Dächern in Marthalen zu finden. Das Gleiche kann auch weiteren Anbietern blühen, wenn sich der Boom mit einer verstärkten Überproduktion fortsetzt.



Die vielen grossen Dächer in Marthalen, wie im Vordergrund das Feuerwehr- und Mehrzweckgebäude, werden für die Stromerzeugung mit PV-Anlagen intensiv genutzt, sodass während schönen, Sommertagen, mehr produziert wird, als man im Dorf verbraucht.

Bild: RoMü

RoMü. Trotz leicht sinkender Energiepreise steigen in Marthalen die Strompreise, wo der eigene Versorger mit der Elektrizitätsgenossenschaft Marthalen (EGM) erneut die Stromkosten pro kWh um 0,6 Prozent (+ 1,18 Rp.) auf 33,2 Rappen ohne Mehrwertsteuer anheben wird. Die EGM kümmert sich schon seit über 100 Jahren um die eigenständige Stromversorgung in der Gemeinde Marthalen. Zugleich sorgte sie dafür, dass sie über Jahrzehnte hinweg immer zu den günstigsten Anbietern gehörte. Die Hintergründe für diesen erneuten Anstieg sind im Sonderfall Marthalen zu suchen.

«Wir haben im Verhältnis zur Bevölkerung ein grosses Gewerbegebiet mit grossen Hallen und Dachflächen, welche sich für den Bau von Solaranlagen anbieten», hielt Ruedi Stutz, Präsident der EGM, fest. Konkret zählt man in der Gemeinde bereits über 60 Solaranlagen für die Stromproduktion, welche im vergangenen Jahr 3,4 GW/h Strom produziert haben. «Weitere grössere Anlagen sind geplant oder werden demnächst in Betrieb genommen und gehen ans Netz», konstatierte er. Entsprechend verwies er auf das Fachreferat von Matthias Gut, welcher als Betriebsleiter für die EGM tätig ist und die Hintergründe der erneuten Preiserhöhung aufzeigte. Diese steht im direkten Zusammenhang mit der überproportionalen Solarstromproduktion im Einzugsgebiet der EGM.

### Kostentreiber Netznutzungstarif

Gut verwies einleitend darauf, dass der Strommarkt unter einer strengen gesetzlichen Regulierung und Aufsicht steht. Auf Bundesebene werden die Gesetze und Regeln festgelegt und zugleich auch deren Einhaltung überwacht. Gleichzeitig hat die EGM den Auftrag, während 365 Tagen rund um die Uhr die Versorgung sicherzustellen. Der Kostentreiber ist in Marthalen neu der Netznutzungstarif. Dazu tragen die Kosten für den Unterhalt und die Aufgaben im Netz und Netzausbauten infolge Photovoltaikanlagen (PV) bei. «Diese Kosten werden nur teilweise dem Verursacher überwältigt. Die restlichen Kosten werden mit der Netznutzung gedeckt», rief Gut in Erinnerung. Er sprach auch mit Blick auf diese gesetzlich vorgegebene Entwicklung von einer gewissen Entsolidarisierung: «Auf Energie, welche auf dem Dach produziert wird, muss keine Netznutzung bezahlt werden.»

Grundsätzlich bestimmen die verrechenbaren verkauften Strommengen den Netznutzungstarif. Sinkt dieser Verbrauch, während die Kosten steigen, so muss der Tarif deutlich nach oben angepasst werden. Denn mit Ausblick auf das kommende Jahr 2025 mit den nun veröffentlichten Tarifen steht entsprechend dem am 9. Juni angenom-

menen Mantelerlass die EGM als Netzbetreiberin in der Pflicht, mehr Aufgaben über die Netznutzung zu finanzieren. Dies ist auf Förderungsmassnahmen des Bundes zurückzuführen, welcher mit der Eigenproduktion den Verbrauch senkt und dadurch dafür sorgt, dass die Kosten im Netz steigen. Denn für diesen Strom wie auch die Rückführung ins Netz werden keine Abgaben für das Netz fällig.

### Anspruchsvoller Einkauf

Der Einkauf der benötigten Energie erfolgt drei Jahre im Voraus, wobei die beanspruchte Menge für jede Viertelstunde angegeben werden muss. Ergeben sich daraus Differenzen zu dieser Prognose, so fallen zusätzliche Kosten an. «Dieses Risiko konnte bis anhin beim Stromhändler gegen einen sogenannten Vollversorgungszuschlag abgesichert werden», führte Gut aus. Doch mit der nun zunehmenden Photovoltaikenergie wird dieses Risiko kaum noch kalkulierbar. An einem bewölkten Sommertag produzierten die PV-Anlagen im Dorf bis knapp an die benötigte Strommenge Energie. An sonnigen Tagen wird aber deutlich mehr Strom als der Verbrauch produziert, sodass überschüssiger Strom über das Bezugnetz zurückgeleitet werden muss. Für diesen mit der Photovoltaik überschüssig produzierten Strom muss das EGM einerseits einen entsprechenden Preis zahlen. Andererseits kann zu dieser Zeit der entsprechende Preis bei der Rückspeisung nicht gelöst werden, sodass für die Differenz der Marthaler Strombezüger aufkommen muss. Diese Unsicherheiten haben dazu geführt, dass der Vorlieferant die Energielieferung an die EGM per 31. Dezember 2024 aufgekündigt hat und diese neuen Kosten

zusätzlich der Netznutzung zugeschlagen werden müssen.

### Zukünftige Energiebeschaffung

Die EGM nimmt aber nun das Zepter selber in die Hand und will alles unternehmen, um auch zukünftig marktgerecht Energie liefern zu können. «Wir prüfen zurzeit diverse Optionen mit dem Ziel, die Risiken bei der Beschaffung zu minimieren», führte Gut aus. So werden grosse Batteriespeicher geprüft, um einerseits die Energie zu speichern und andererseits die Schwankungen zu glätten. Zugleich wird auch die Möglichkeit von dynamischen Tarifen geprüft, welche jene Kunden belohnen sollen, welche die Lastspitzen brechen. Doch vorerst gibt es gemäss Gut noch ein grosses Aber: «Wir können vieles erst konkret angehen, wenn der Bund die Verordnungen aus der Gesetzesänderung fertig ausgearbeitet und veröffentlicht hat.» Entsprechend ist auch noch nicht bekannt, wie hoch die Einspeisevergütung von den PV-Anlagen ab dem 1. Januar 2025 ausfallen wird. Aktuell wird der von der EGM bezogene Strom aus den PV-Anlagen mit knapp 18 Rappen pro kWh vergütet, aber mit grosser Voraussicht für 2025 massiv sinken.

### Moderater Anstieg um 2,2 Prozent

Rückblickend auf den tiefen Tarif von 2022 mit 16,91 Rappen heisst dies, dass nach den massiven Erhöhungen in den beiden Folgejahren sich der Strompreis mehr als verdoppelt hat. Die erfreuliche Seite der Medaille für 2025 sind die leicht tieferen Stromkosten pro kWh, welche von 19,15 auf 18,02 Rappen sinken. Zugleich sinken die nationalen Abgaben und Förderbeiträge leicht um 1,17 auf 3,08 Rappen. Der eigentliche Kostentreiber ist in der Netznutzung zu finden. Waren 2024 noch 9,2 Rappen je kWh fällig, so steigen diese nun um 2,9 Rappen (+31,5 Prozent) an. Schlussendlich sorgt aber auch die um 0,4 Prozent angehobene Mehrwertsteuer für eine leichte Verteuerung. Waren im vergangenen Jahr basierend auf den Bezugskosten ohne Grundgebühren für die Messstelle 2,65 Rappen fällig, so sind es für 2025 pro kWh 2,89 Rappen. Konkret heisst dies, dass unter dem Strich ein moderater Anstieg von 2,2 Prozent auf etwas mehr als 35 Rappen ansteht. Zu den Kosten kommen zudem Grundgebühr und Grundpreis pro Messstelle von 150 Franken pro Jahr, wobei die Grundgebühr um 36 Franken angehoben worden ist. In der umfassenden, sehr intensiven Diskussion und Fragerunde zeigte sich Gut bezüglich der weiteren Tarifentwicklung sehr zuversichtlich: «Die EGM verfügt über ein gut ausgebautes Netz, was sich positiv auf die Kosten auswirken wird.»

✓ gegen Missbrauch  
✓ für faire Regeln

**2xJA zum Mietrecht**  
mehr-wohnraum.ch  
am 24. November

KEIN ENDE IN SICHT

# Nahostkrieg



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Die Kriege im Nahen Osten haben Tausende Jahre Tradition. Man lese zum Beispiel das Alte Testament. Die neueren Spannungen seien die Folge der Gründung des Staates Israel. 1949 wurde dieser nach der Verfolgung und Vernichtung der Juden gegründet. Daraus ergaben sich Konflikte um Gebietsansprüche. Die Palästinenser fordern seither einen eigenen Staat.

Am 7. Oktober letzten Jahres erfolgte ein abscheulicher Terrorangriff der palästinensischen Hamas aus dem Gaza auf israelische Zivilisten. Diese wurden regelrecht abgeschlachtet oder verschleppt. Noch jetzt befinden sich zahlreiche Geiseln in der Hand der Hamas. Die israelische Armee will seither diese Geiseln befreien, aber auch die Hamas als Terroristen und deren Ideologie eliminieren. Leider gibt es dabei – wie bei jedem Krieg – auch

viele unschuldige Opfer. Den Hamas eilte unverzüglich die palästinensische Hisbollah im Libanon zu Hilfe. Diese wird wiederum vom Iran mit Waffen unterstützt.

In westlichen Zeitungen ist zu lesen, die Israelis hätten bei ihren Vergeltungsaktionen keinen Plan. Wirklich? Sie legen diesen zwar nicht offen, aber wer Augen hat, der sehe! Die Israelis schwächten zunächst die Hamas empfindlich, jetzt geht es um die Hisbollah.

Zuerst haben sie die Verbindungen zerstört – durch Sprengung der gegnerischen Kommunikationsmittel. Dann wurden und werden Führungspersonlichkeiten mittels gezielter Tötung ausgeschaltet. Als Drittes führen die Israelis jetzt auch den Bodenkrieg im Libanon; die Israelis gehen aufs Ganze. Im Gegensatz zu den Amerikanern im Ukrainekrieg sind sie bereit, eigene Soldaten zu opfern.

Auch scheuen die Israelis nicht vor den Iranern zurück. Sie drohen, diese bei weiterer Unterstützung der Hisbollah direkt anzugreifen. Es bleibt zu hoffen, dass die Kriege im Nahen Osten regional begrenzt bleiben.



Ein Ende des Nahostkrieges liegt in weiter Ferne.

Bild: Adobe Stock

**POLIT-APÉRO 2024**  
Engagiert und bürgernah!  
Züri 11  
SVP  
svp-zuerich11.ch

Wir laden Sie herzlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum.  
Der Anlass ist öffentlich und wir freuen uns auf einen interessanten Austausch mit Ihnen. **Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum!**

Das Elend des Mainstreams in den Medien  
**Freitag, 25. Oktober 2024, ab 18:00 Uhr**

**Dr. Markus Somm**  
Chefredaktor und Verleger Nebelspalter

ab 18.00 Uhr Eintreffen  
18.15 Uhr Referat  
18.45 Uhr Fragen und Diskussion  
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

**Wirtschaft Unterdorf**  
Katzenseestrasse 15  
8046 Zürich

Alle sind herzlich willkommen - auch Nicht-SVP-Mitglieder!

svp-zuerich11.ch

## Fadegrad



von  
Susanne Brunner

## Rote Karte für Stadtrat Golta

Letztes Jahr feierten wir 175 Jahre Bundesverfassung. Seit 1848 sind unsere demokratischen Regeln auf Bundesebene verfasst. Wir sind damit gut gefahren: Die direkte Demokratie, die föderalistische Aufgabenteilung und das Milizprinzip haben unseren Staat stabil und seine Bevölkerung wohlhabend gemacht.

Doch scheint es, als sei einigen die Demokratie lästig geworden. SP-Stadtrat Raphael Golta fällt nun schon das zweite Mal damit auf, dass er sich über einen demokratischen Mehrheitsentscheid hinwegsetzt. Im Jahr 2017 hatte der Kantonsrat beschlossen, dass vorläufig Aufgenommene keine Sozialhilfe mehr beziehen können, sondern nur noch Asylfürsorge. Eine Mehrheit von SVP, FDP, der damaligen CVP und Teilen der GLP wollte damit sicherstellen, dass sich vorläufig Aufgenommene um Integration und eine Arbeit bemühen. Die Stadt Zürich hat dagegen das Referendum ergriffen, ist damit aber grandios gescheitert: Mit 67 Prozent Ja-Stimmenanteil hat das Zürcher Stimmvolk den Entscheid des Kantonsrates bestätigt. Stadtrat Golta dagegen hat kurz nach dem Volksentscheid mitgeteilt, dass die Stadt Zürich ihrerseits die Differenz zwischen der Asylfürsorge und der bisherigen Höhe der Zahlungen übernehmen wird – kantonale Volksentscheid hin oder her.

Gleiches konnten wir vor zwei Wochen beobachten. Mit 54 Prozent Nein-Stimmenanteil hat die Stimmbevölkerung des Kantons Zürich Stipendien für vorläufig Aufgenommene versenkt. Stadtrat Golta jedoch, schon eingeebnet im Ignorieren von Volksentscheiden, hat angekündigt, dass die Stadt Zürich künftig diese Stipendien selber bezahlen wird. Denn Stadtrat Golta will seine ganz eigene Asylpolitik machen. Übergeordnetes Recht interessiert ihn nicht. Zwar haben in der Stadt Zürich 65 Prozent der Stimmbevölkerung die Stipendien für vorläufig Aufgenommene angenommen. Daraus leitet Stadtrat Golta einen Auftrag ab, den Mehrheitsentscheid auf Kantonsebene zu verletzen. Bei solchen Gedankengängen des Sozialvorstehers möchte man ihn subito in den Nachhilfunterricht in Sachen Staatskunde schicken. Natürlich bedeutet «Gemeindeautonomie» nicht, dass man kantonale Abstimmungen nach einzelnen Gemeinden aufschlüsseln kann. Genauso wenig können eidgenössische Abstimmungsergebnisse nach Kantonen aufgeschlüsselt und umgesetzt werden.

Ganz im Gegenteil: Mit seinem Vorgehen sprengt Stadtrat Golta den Föderalismus in die Luft. Denn würden sich alle Gemeinden und Kantone in der Schweiz so verhalten wie die Stadt Zürich, würde die föderale Schweiz auseinanderfallen respektive die drei Staatsebenen würden implodieren. Die demokratischen Regeln gelten für alle gleich in unserem Land, auch für den Zürcher Stadtrat. Das erneute demokratiepolitische Foul von Stadtrat Golta verdient die rote Karte.

## Die GLP schiesst zurück

Die laufende Legislatur im Stadtzürcher Parlament ist für die Linken wohl eine Achterbahnfahrt ohne Sicherheitsbügel. Die SVP tritt äusserst dominant auf und treibt die empörten Linken immer wieder vor sich her.

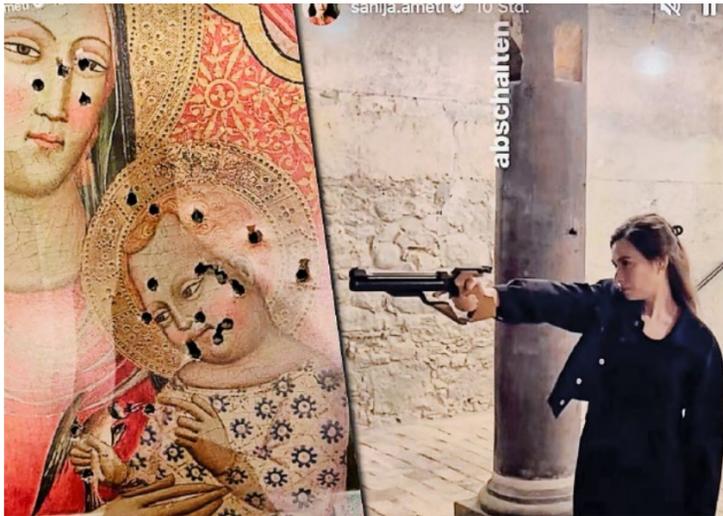


Samuel Balsiger  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Gleichzeitig hat die Linke jeden Bezug zur Realität verloren. Die wiederkehrenden Staatsausgaben sind innert etwas mehr als zweier Jahre um 1,7 Milliarden Steuerfranken explodiert. Den Steuerbetrag, den die Stadt Winterthur für den gesamten Stadtbetrieb jährlich benötigt, geben die Linksgrünen im Zürcher Stadtparlament innert kurzer Zeit zusätzlich aus – jährlich wiederkehrend. Es ist abstrus. Das finanzielle Kartenhaus der linken Ausgaben-Junkies wird irgendwann krachend einstürzen. Als SVP bekämpfen wir jedes, wirklich jedes idiotische Selbstverwaltungsprojekt der Linken und versuchen jeden Steuerfranken zu retten.

## Griff in die Staatskasse

Auch für sich selbst greifen die Linksgrünen mit beiden Händen in den Steuertopf. Die Linken wollten die Einkommenslimite bei den städtischen Wohnungen streichen. Die Linken wollen sich selbst das Politiker-Gehalt verdoppeln (dank der SVP gibt es eine Volks-



Die Chefin von Operation Libero schiesst auf Heilige des Christentums – würde sie dies auch mit anderen Religionen machen? Bild: zVg

abstimmung darüber). Die Linken missachten einen klaren Volksentscheid, der Abgangsentschädigungen für Beamte gestrichen hat (dank der SVP gibt es eine Volksabstimmung über die krasse Missachtung des Volkswillens).

## Empörung schaltet Vernunft aus

Die SVP wäscht den Linken Woche für Woche die Kappe. Teils so schonungslos, dass Sekunden vor einer Abstim-

mung (nachdem die Debatte im Rat beendet war), die Linksgrünen den Debatteabbruch beantragten. Wäre dieser durchgekommen, wäre die gesamte Debatte an einem anderen Sitzungstag nochmals wiederholt worden – und die SVP hätte alle ihre Argumente nochmals den Linken um die Ohren hauen können. Das Handeln der Linksgrünen ist also nicht durch Vernunft, sondern durch Empörung gesteuert. Ein Aus-

senstehender sagte mir kürzlich: «Die Linken machen im Rat wirklich jeden Fehler, den sie nur machen können.»

## Erfolgreiche Linke

Aufgrund der emotionalen Legislatur versucht wohl das «linksgrüne Imperium» auf einer anderen Ebene zurückzuschliessen: Sollten als Strafe überwiesene, aber nicht umgesetzte Vorstösse der SVP im Gemeinderat unerledigt abgeschrieben werden – gegen den Willen der SVP? Die SVP sollte wohl die «Klatsche auf der Backe» auch mal spüren (sonst kommen im Rat ja politisch gesehen meistens die Linksgrünen dran). Linke Politikerinnen sind gemäss Zeugenaussagen mit einem latent aggressiven Unterton auf die SVP-Politiker zugegangen, als diese ihre Vorstösse nicht unerledigt abgeschrieben haben wollten.

## Der Schuss ging daneben

In der federführenden GPK ist auch das ehemalige Flüchtlingskind Sanija Ameti. Die Dame also, die als Co-Präsidentin von Operation Libero gerade die halbe Welt mit ihrer Ballerei auf Mutter Maria und das Jesuskind schockierte. Unterdessen sind rund ein Dutzend Anzeigen gegen Ameti eingegangen. Die Kläger machten dabei unter anderem eine Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit geltend. Im Ratssaal ist die Hobby-Schützin bislang nicht aufgetaucht. Es bleibt spannend.

## AUS DEM USTERMER GEMEINDERAT

## Ideologie in Uster – Sachpolitik lehnt die Linke ab

Die kommende Gemeinderatssitzung vom 21. Oktober ist voll mit linker Ideologie, aber auch mit bürgerlicher Sachpolitik.



Benjamin Streit  
Gemeinderat SVP  
Uster

Eine breite Allianz aus SVP, FDP und GLP fordert mittels einer Interpellation den Stadtrat auf, Stellung zu beziehen, wie er die Budgets bei künftigen Bauprojekten kontrollieren und einhalten will. Notwendig wurde diese Interpellation aufgrund immer grösserer Budgetüberschreitungen bei Bauprojekten in der Vergangenheit. Teilweise waren diese Abweichungen nur sehr abenteuerlich nachvollziehbar. Der Stadtrat und damit die Verwaltung müssen diesbezüglich durch den Gemeinderat straffer an die Leine genommen werden.

## Pure Ideologie und Kostentreiber sondergleichen

Die Weisung trägt den Titel «Frühe Förderung, Evaluation Pilotprojekt 2021 bis 2024 und Weiterführung ab 2025, Kreditantrag». Unser Parteipräsident Daniel Schnyder vertritt in seinem Referat die Haltung der SVP/EDU-Fraktion. Ein kurzer Auszug aus seinen Gedanken zu dieser Weisung: «Die Idee der «Frühen Förderung» klingt auf den ersten Blick vernünftig: Chancengleichheit für alle Kinder und die frühzeitige Unterstützung derjenigen, die es am meisten brauchen. Doch bei genauerer Betrachtung wird schnell klar, dass die finanzielle Tragweite weit über den beantragten Kredit von CHF 345 000 hinausgeht. Es geht nicht um die Förderung von talentierten Kindern wie Hansli oder Heidi. Vielmehr handelt es sich um ein Konzept, das vor allem Kinder betrifft, die die deutsche Sprache nicht beherrschen oder sozial schwer integrierbar sind. In vielen Fällen handelt es sich um Integrationsmassnahmen, wie sie im Asylwesen bereits bekannt sind. Kinder, die von der Frühen Förderung profitieren sollen, sind oftmals diejeni-

gen, die zu Hause kein Deutsch sprechen.»

Weiter führt Daniel Schnyder aus, dass mit der Weisung viele noch nicht vollständig kalkulierte Folgekosten verbunden sind. Diese zusätzlichen Kosten werden sich in den kommenden Jahren summieren und die finanzielle Belastung für die Stadt Uster erheblich erhöhen.

Die SVP/EDU-Fraktion wird an der Gemeinderatssitzung eine Rückweisung der Weisung «Frühe Förderung» fordern, mit Ausnahme des darin enthaltenen Kredits für das Familienzentrum. Der Stadtrat soll diesen Kredit in einer separaten Weisung vorlegen, damit wir uns gezielt um die Finanzierung dieses wichtigen Vereins kümmern können, ohne die Stadt mit unnötigen Mehrkosten zu belasten.

## Nein zu grossflächigem Tempo 30

In ihrem Postulat «Endlich Lärmschutzmassnahmen umsetzen» wollen Grüne, GLP und SP im Prinzip nichts anderes, als auf allen Kantonsstrassen in Uster Tempo 30 einführen. Sie berufen sich auf die Gesetzeslage, welche den Kanton verpflichtet, bei Lärmgrenzüberschreitungen entweder Flüsterbeläge auf den Strassen einzubauen oder aber das Tempo zu reduzieren. Diese irrsinnige Forderung, vor allem aus finanzieller, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht, wenn der Verkehr nur noch kriechen dürfte in Uster, wurde natürlich freudvoll vom linken Stadtrat angenommen und beantwortet. Bei der Ratsdebatte werden die Roten und Grünen natürlich nicht zufrieden sein und vor allem den Zeithorizont, welchen der Stadtrat in seiner Antwort mitgeteilt hat, bemängeln. Am liebsten hätten sie Uster schon morgen autofrei!

## Noch mehr wirtschaftsfeindliche Auflagen

Die Roten und Grünen in Uster wollen den Bürgern ohne Wenn und Aber ihre Ideologie aufzwingen. Bevormundung par excellence! So wollen sie mittels ihrer Nachhaltigkeitsstrategie bei Ver-

anstaltungen mehrere Nachhaltigkeitsmassnahmen umsetzen. Darum haben unser Parteipräsident Daniel Schnyder und Gianluca Di Modica von der FDP das Postulat «Überprüfung der Nachhaltigkeitsstrategie am Uster Markt: Mehr als nur eine Mehrwegbecher-Strategie?» eingereicht. Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen, welche Ziele und Messgrößen für die vom Stadtrat geplanten Nachhaltigkeitsmassnahmen für Veranstaltungen allgemein und insbesondere für den Uster Markt gelten sollen. Dabei sind die geplanten Massnahmen auch auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang auch die vom Stadtrat geplante Einführung von Mehrwegbechern zu evaluieren. Basierend auf den Erkenntnissen soll der Stadtrat aufzeigen, welche Massnahmen er wie realisieren will und wie diese Massnahmen auch im Sinne der Marktaussteller und der Marktbesucher umgesetzt werden können.

Als Antwort auf die Anfrage «Uster Markt – Fortbestand sichern» zählte der Stadtrat diverse Nachhaltigkeitsmassnahmen auf, die er künftig beim Uster Markt umsetzen will. Daniel Schnyder meint dazu weiter: «Es ist völlig unklar,

nach welchen Zielen und Messgrößen der Stadtrat sich bei der Beurteilung dieser Massnahmen richtet und ob auch die für den Markt wichtigsten Beteiligten – die Marktaussteller – in den Prozess einbezogen und die Massnahmen auch in ihrem Interesse umgesetzt werden. Insbesondere bei den Marktausstellern bestehen grosse Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen und praktischen Umsetzung dieser Massnahmen und ihrer Auswirkungen auf den traditionellen Charakter und den Fortbestand unseres Marktes.» Im Bericht des Stadtrates erklärt dieser sich bereit, das Postulat anzunehmen, und empfiehlt die Überweisung durch den Gemeinderat.

Kommen Sie am nächsten Montag in den Gemeinderatssaal in Uster, ab 19.00 Uhr findet die Sitzung statt, nebst den obigen Traktanden werden noch weitere Vorstösse und Weisungen behandelt.

Die SVP-Volksvertreter freuen sich über jede Unterstützung. Hören Sie sich dabei unsere sachpolitischen Referate und Vorstösse an. Aber auch die ideologischen Machenschaften und die verborgenen Absichten von Rot und Grün, welchen durch GLP und EVP oft zur Mehrheit verholten wird, sind wichtig. Denn seine Feinde zu kennen, ist der erste Schritt zum Sieg.



Geht es nach Linksgrün, soll es auf den Kantonsstrassen in Uster bald nur noch langsam vorwärts gehen. Bild: Adobe Stock

LESERBRIEF

### «Unterschriften-Bschiss»: Herbeigeredetes Staatsdrama

Es war der Aufreger der letzten Zeit: der angebliche «Unterschriften-Bschiss». Man konnte angesichts der Berichterstattung meinen, dass hier etwas ganz Dramatisches, Besonderes passiert ist. So sehr, dass viele zögern, eine Initiative oder ein Referendum zu unterstützen. Schon wieder hat die mediale Berichterstattung die Menschen in ihren Grundfesten erschüttert und manipuliert. Doch erneut stellt sich die Frage: Was ist wirklich dran?

Wir müssen feststellen, dass offensichtlich Menschen «unterschrieben» haben und somit ein Begehren unterstützt haben, das sie in Wahrheit nicht taten. Ergo wurden teilweise Adressen von Bürgern genommen plus ihre Unterschriften gefälscht, um zu suggerieren, dass hier ein Anliegen unterstützt würde. Teilweise wurden ganze Unterschriftenbögen einfach für ein nächstes Volksbegehren kopiert. Zu guter Letzt steht im Verdacht, dass es vor allem jene unternahmen, die professionell, also bezahlt, Unterschriften «sammelten».

Gewiss, das darf nicht sein, es sollen wirklich nur Initiativen und Referenden zustande kommen, die tatsächlich ein Anliegen des Volkes sind. Allerdings ist es ja auch so, dass die Gemein-

den im Anschluss noch prüfen müssen, ob da alles mit rechten Dingen zugeht. Durch das kann man schon einmal jene Unterschriften aussortieren, die offensichtlich gefälscht sind, weil die angeblich unterschriebenen Personen nicht in der Gemeinde leben oder nicht an dieser Adresse wohnen. Des Weiteren ist es den Gemeinden natürlich auch möglich, zu prüfen, ob es Mehrfachunterschriften gibt oder nicht. Somit kann man hier schon einmal viele unzulässige Unterschriften aussortieren.

Aber natürlich, auch wenn es nicht mehrfache Unterschriften sind und soweit alle Angaben stimmen, kann theoretisch betrogen werden und es kommen Initiativen/Referenden zustande, die es sonst nie geschafft hätten. Doch wie will man das gänzlich unterbinden? Antwort: Unmöglich!

Es wurden haufenweise Ideen eingebracht. Es wurde die elektronische Unterschriftensammlung ins Spiel gebracht, welche jedoch auch nicht zu 100% sicher ist und Menschen ausschliesst, die über keinen digitalen Zugang verfügen. Das geht in einer Demokratie einfach nicht. Man spricht über ein Verbot von professionellen Sammlern, was auch nur eine Scheinlösung darstellt. Dieses Instrument ist aber gerade für Grup-

pen, die weniger Schlagkraft haben als Grossparteien/Organisationen, sehr wichtig. Darum sollte man einfach, wo es geht, den sogenannten «Unterschriften-Bschiss» unterbinden, ohne die Demokratie einzuschränken oder es kleineren Gruppen zu verunmöglichen, ihr Anliegen durchzubringen. Und übrigens, ist es denn in einer Demokratie nicht schön, wenn wir über vieles abstimmen können? Ist es denn so schmerzhaft, wenn wir über etwas abstimmen würden, dass unter «normalen» Umständen nicht zustande gekommen wäre?

Rein rhetorische Fragen. Es ist wohl viel gefährlicher für die Bürger und die Demokratie, wenn wegen dieser medialen Berichterstattung nichts mehr unterschrieben werden würde – dann könnten wir gleich zu einer Demokratie wechseln, wie es z.B. in Deutschland üblich ist, wo das Volk nur alle paar Jahre sagen kann, was es will. Wollen wir das?

In diesem Sinne, ein herbeigeredetes Staatsdrama – lassen Sie sich nicht verführen, liebe Bürger und Stimmberechtigte.

Michael Schulze,  
Winterthur

DER SCHLEICHENDE TOD

### Frühuntersuchungen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache in der Schweiz. Er stellt sogar die häufigste Todesursache bei Männern zwischen 45 und 84 Jahren und bei Frauen zwischen 25 und 84 Jahren dar.

Das Gute zuerst: Insgesamt ist die Krebsforschung weit fortgeschritten und hilft in den meisten Fällen. Auch ist nicht jeder Krebs bösartig. Aber der Erfolg der Therapie ist auch davon abhängig, zu welchem Zeitpunkt die Diagnose gestellt wird. So ist bei einer Früherkennung die Chance höher, eine erfolgreiche Therapie zu starten.

Ein Vergleich: Person X hat keine Früherkennungsuntersuchung gemacht und ist nach vier Jahren Krebstherapie gestorben. In der meisten Zeit war es der Person X nicht möglich, zu arbeiten, entweder aufgrund der Krankheit und/oder Medikation. Person Y hat eine Frühuntersuchung gemacht und die Behandlung wurde nach vier Jahren erfolgreich abgeschlossen.

Prävention ist das A und O

Wenn wir davon ausgehen, dass eine Krebstherapie um die 100 000 Franken pro Jahr kostet (Quelle: Beobachter) – und dabei sind die anderen monetären Verluste (Arbeitsausfall, Steuerausfall etc.) bei der Person X nicht eingerechnet – sollte uns als Volkswirtschaft, bei über 2500 Todesfällen pro Jahr im Kanton Zürich, auch daran gelegen sein, verstärkt auf präventive Massnahmen in diesem Bereich zu setzen. Dazu zähle ich auch die Früherkennung.

Es gibt sicher auch noch andere präventive Massnahmen, die jeder umsetzen kann, entweder für sich selber oder in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitssystem. Welche Faktoren ausser dem Nichtrauchen kann ich persönlich steuern, um das Risiko zu minimieren? Würden DNA-Tests helfen, das Risiko

zu validieren und so gezielte Vorsorgeuntersuchungen ermöglichen?

Auch Irrtümer bringen uns weiter

Das Alter für Krebserkrankungen sinkt weltweit. Aktuell wird in der Schweiz und in anderen Ländern empfohlen, ab 50 Jahren eine Darmspiegelung zu machen. Die US-Behörden haben aufgrund der neuesten Entwicklungen die Richtlinien auf das Alter von 45 Jahren angepasst. Sollte sich der Trend auch in der Schweiz fortsetzen, wäre es auch eine Überlegung wert, die entsprechende Empfehlung nach unten zu korrigieren. Aber – und das dürfte uns allen klar sein – wird es erstens eine 100%-Erfolgsquote nicht geben und liegt zweitens vieles noch im Dunkeln (z.B. der Anstieg der Krebserkrankungen bei U50).

Letzteres sollte uns aber nicht abschrecken. Die Menschen haben in der Vergangenheit im Glauben, dass Sumpfe schlechte Luft produzieren und somit Krankheiten – daher der Begriff Malaria (schlechte Luft) – diese trocken gelegt. Ohne den Zusammenhang zu wissen, haben sie so die Brutstätten der Mücken zerstört, die für die Übertragung der Krankheiten verantwortlich waren.

Viel wichtiger erscheint mir, dass Irrtümer rechtzeitig erkannt und dementsprechend korrigiert werden können. Auch ein Irrtum kann einen wertvollen Beitrag leisten, wie man im Zusammenhang mit Malaria sieht.

Stefan Basler,  
Alt Gemeinderat SVP,  
Bülach

**Asylmissbrauch Stoppen!**

**Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!**

**grenzschutzinitiative.ch**

**Diese Initiativen brauchen Unterschriften**

Gesucht: angestellte Unterschriftensammler

Waldschutz-Initiative | Gemeindefschutz-Initiative

Wir bieten eine befristete Anstellung bis 30. Juni 2025 (40-100%) im **Raum Zürich, Bern, Aargau und Luzern**. Verdienstmöglichkeit von bis zu CHF 6000.00 pro Monat.

**Deine Aufgaben:**

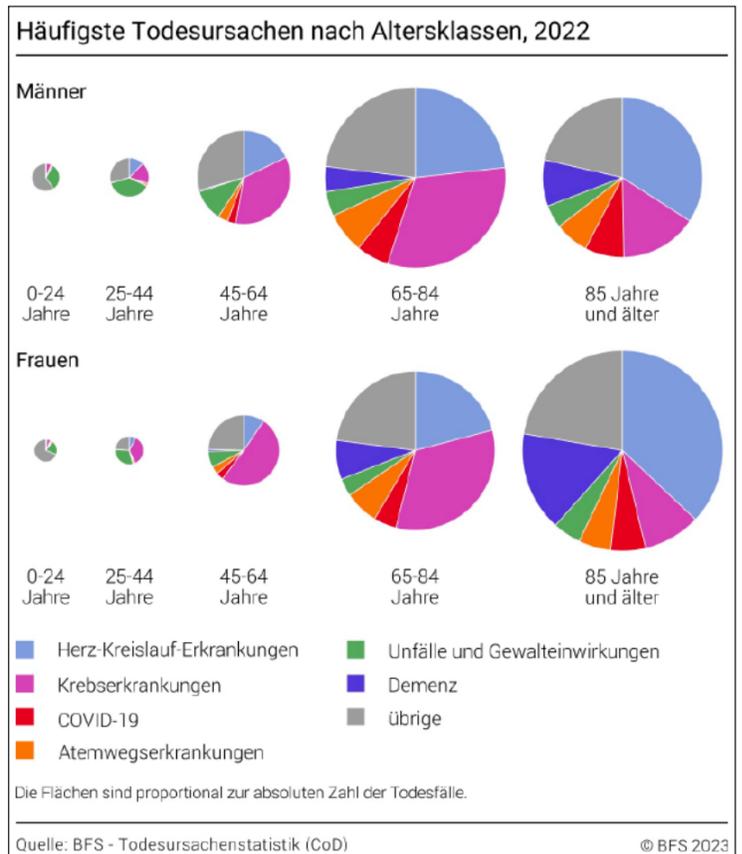
- Sammeln von Spenden und Unterschriften für die genannten Initiativen
- Regelmässiges Rapportieren an die Koordinatoren der Initiative

**Dein Profil**

- Freude am Naturschutz und gemeinnützigen Anliegen
- Überzeugende und höfliche Persönlichkeit mit Charme
- Ausdauer bei verschiedenen Witterungen unterwegs zu sein
- Einwandfreie Deutschkenntnisse, weitere Sprachkenntnisse von Vorteil

**Interessiert oder Fragen?**

Wir freuen uns auf deine Kontaktaufnahme. Bitte sende Deine Bewerbung in Form eines kurzen CV und Motivationsschreibens an [bewerbungen@bruhinpartner.ch](mailto:bewerbungen@bruhinpartner.ch) (Gregor Bruhin, Tel. 041 552 01 22).  
Im Auftrag von Vogt Office GmbH, Grenchen, Kampagnenleitung Verein für Naturschutz und Demokratie



In der Schweiz zählen Krebserkrankungen zu den häufigsten Todesursachen. Bild: Bundesamt für Statistik

**Sie möchten inserieren?**

**Dann melden Sie sich bei uns!**

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.

Die Partei des Mittelstandes

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Affoltern/Bonstetten**  
Dienstag, 29. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten Barbara Steinemann und Benjamin Giezen-danner.

**Bezirk Andelfingen/Andelfingen**  
Mittwoch, 13. November 2024, 19.00 Uhr, Standaktion, Andelfinger Markt, Andelfin-gen.

**Bezirk Andelfingen/Stammheim**  
Sonntag, 3. November 2024, bis Montag, 4. November 2024, Standaktion, Stammer Markt, Oberstammheim.

**Bezirk Bülach**  
Freitag, 1. November 2024, 19.30 Uhr, Herbst-fest, Mehrzweckhalle Steinboden, Eglisau. Anmeldung über den Sektionspräsidenten.

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 3. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorf-strasse 35, Wil.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
ISSN 2296-3480

**Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglie-der Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.

**Insertionspreis:** www.zbv.ch/inserate. **Abonne-mentsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Insertionspreis:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tele-phon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Bir-mensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Win-terthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurer-strasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**Bezirk Dielsdorf/Boppelsen**  
Samstag, 19. Oktober 2024, 18.00 Uhr, Ra-clette-Abend, Mehrzweckraum Wohnen im Alter, Alte Buchserstrasse 14, Boppelsen.

**Bezirk Meilen/Zumikon**  
Montag, 28. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Ses-sionsrapport, Gemeindesaal, Cheminée-raum, Zumikon, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Gregor Rutz. Anmeldung unter gerard.olivary@bluewin.ch.

**Bezirk Uster/Uster**  
Samstag, 9. November 2024, Fondueplausch ab 11.30 Uhr, ca. 12.30 Uhr Referat «Aus den Sümpfen von Bern» von Nationalrat Thomas Matter, Forsthaus Mühleholz, Hal-denstrasse, 8610 Uster, Anmeldung an SVP Uster, daniel.schnyder@svp-uster.ch

**Bezirk Winterthur/Dinhard**  
Samstag, 16. November 2024, 10.30 – 15.00 Uhr, Ausflug ins Haus der Freiheit, Start mit dem Knöpfel Car am Bahnhof Dinhard, mit Regierungspräsidentin Natalie Rickli und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktions-präsident. Weitere Informationen und An-meldung unter rahel@fritschi.info.

**Bezirk Winterthur/Hagenbuch**  
Samstag, 9. November 2024, 18.00 Uhr, Raclette-Essen, mit Gastreferent Nationalrat Mauro Tuena, Kosten CHF 30.00 Apéro, Ra-clette à discrétion mit Beilagen und Dessert

(exkl. Getränke). im Schützenhaus Hagen-buch, Anmeldung bis 2. November 2024 an: rolfsturzenerger@hispeed.ch/079 201 53 58

**Stadt Winterthur/Altstadt**  
Samstag, 2. November 2024, 11.00 Uhr, SVP-Metzgete, Restaurant Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur, mit Nationalrat Pascal Schmid. Kosten: 45 Franken für Mit-glieder, 55 Franken für Nichtmitglieder. Anmeldung bis 11. Oktober 2024 unter nadja.wepfer@gmx.ch.

**Stadt Zürich/Kreis 10**  
Samstag, 26. Oktober 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.  
Freitag, 1. November 2024, 18.00 Uhr, Polit-apéro, Restaurant Grünwald, Regensdor-ferstrasse 237, Zürich, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.  
Samstag, 2. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.  
Samstag, 9. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Freitag, 25. Oktober 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenssee-strasse 15, Zürich-Affoltern, mit Verleger Dr. Markus Somm.  
Samstag, 26. Oktober 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oer-likon.

Samstag, 9. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oer-likon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 2. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.  
Samstag, 9. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich/West/City**  
Samstag, 26. Oktober 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Zentrum, Zürich-Witikon.  
Samstag, 2. November 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, vor der Migros, Affoltern am Albis.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Mittwoch, 23. Oktober 2024, 17.45 – 21.00 Uhr, Schifffahrt auf dem Zürichsee, Treff-punkt Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6, Zürich, mit den Nationalräten Barbara Steine-mann und Gregor Rutz. Anmeldung unter sekretariat@svp-zuerich.ch oder 044 217 77 66.

Dienstag, 26. November 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kan-tons Zürich, Wädenswil. Weitere Informa-tionen folgen.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

**SO STIMMEN SIE RICHTIG !**

**Volksabstimmung vom 24. November 2024**

**Eidgenössische Vorlagen**

1. Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen	<b>JA</b>
2. Änderung vom 29. September 2023 des Obligationen-rechts (Mietrecht: Untermiete)	<b>JA</b>
3. Änderung vom 29. September 2023 des Obligationen-rechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)	<b>JA</b>
4. Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundes-gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)	<b>JA</b>

**Ausflug ins Haus der Freiheit**

Samstag, 16. November 2024

mit an Board: **Natalie Rickli**, Regierungspräsidentin Kanton Zürich  
**Tobias Weidmann**, Fraktionspräsident ZH  
**Tom Schmid**, Gemeindepräsident Dinhard

und mit ihnen auch aktuelle Informationen aus Zürich und der Gemeinde Dinhard

Programm: 10.30 Uhr Start mit dem Knöpfel Car am Bahnhof Dinhard  
12.00 Uhr Mittagsmenu im Haus der Freiheit:

«Toggenburger» Salat mit Bloderkäse, Äpfel und Nüssen  
hausgemachter Hackbraten, Kräuterjus, Kartoffelstock, Gemüse  
Saisondessert

CHF 42.- für Menu plus Getränk wird im Car Bar oder per TWINT eingezogen  
oder Überweisung im Voraus auf:  
CH25 0070 0355 3719 2989 2 lautend auf SVP Dinhard, 8474 Dinhard

ca. 15.00 Uhr retour in Dinhard

Die SVP Dinhard übernimmt die Carfahrt zu Toni Brunner und Esther Friedli und freuen uns auf einen unvergesslichen Ausflug mit Euch.

**SVP Dinhard**

Anmeldung bis 31. Oktober 2024, damit Du dabei bist

..... an Vize Rahel Fritschi, Seuzacherstr. 10d, 8474 Dinhard, rahel@fritschi.info

Ja, ich/wir sind dabei am 16. November 2024

Name: ..... Vorname: .....

Adresse: .....

Anzahl Personen: .....

Telefonnummer: .....

Email-Adresse: .....

**Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook**  
www.facebook.com/svpzuerich